

INFORMATION

2 / 2015

zum TOP

GREMIUM

Ausschuss für Bürgerservice und Soziales

SITZUNGSTERMIN

Mittwoch, 20.05.2015, 17:00 Uhr bis 19:30 Uhr

SITZUNGSORT

Rathaus, Willy-Brandt-Platz 1, 44532 Lünen, Sitzungssaal 1, 1. Etage

ÖFFENTLICHER TEIL

MITTEILUNGEN DER VERWALTUNG

1. MI-81/2015

Unterbringung von Flüchtlingen

Herr Brinkhoff berichtet vom rechtlichen Status von Flüchtlingen und den entsprechenden aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen. Die Präsentation ist als Anlage zum Protokoll beigelegt.

Die Ausschussmitglieder diskutierten im Anschluss über die Flüchtlingssituation, insbesondere auch über die Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten.

Anschließend berichtet Herr Müller-Baß zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung.

Er weist erneut darauf hin, dass die Prognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge mit den erwarteten Asylanträgen für das laufende Jahr auf mittlerweile 400.000 Anträge korrigiert wurde. Für Lünen ist daher im laufenden Jahr mit einer Zuweisung von ca. 400 Menschen zu rechnen.

Die vorhandenen Unterbringungskapazitäten reichen hierfür nicht aus, das Unterbringungskonzept, möglichst viele Menschen in privaten Wohnraum zu vermitteln, stößt an seine Grenzen.

Daher wurde unter Beachtung von Realisierbarkeit, Brandschutz, bauordnungsrechtlichen Vorschriften usw. der Immobilienbestand in Lünen untersucht und vorübergehend die alte Feuerwache als weitere Übergangseinrichtung vorgeschlagen. Zwischenzeitlich hat der Haupt- und Finanzausschuss die Anmietung beschlossen.

Dort sollen für einen vorübergehenden Zeitraum von 3 – 5 Jahren ca. 60 Flüchtlinge untergebracht werden. In diesem zeitlichen Rahmen sollen unter Beteiligung der Politik und der Bürgerschaft drei neue Einrichtungen entsprechend des Unterbringungskonzeptes geschaffen worden sein.

Als weitere Unterbringungsmöglichkeit für 25 Menschen wurde die Rettungswache präsentiert.

Die Bürgerinformation zur Feuerwache am 06.05.2015 in der Aula der Geschwister-Scholl-Gesamtschule verlief sehr konstruktiv.

Es war festzustellen, dass es unterschiedliche Unterstützungsnetzwerke in der Stadt gibt.

Die drei neuen Standorte für dauerhafte Flüchtlingsunterbringung sollen zügig beschlossen werden.

Hierzu werden im Juni im Beirat für Flüchtlingsfragen die von der Verwaltung ermittelten Indikatoren vorgestellt und diskutiert.

Nach dem Unterbringungskonzept sollen kleine Einheiten für ca. 40 Flüchtlinge geschaffen werden.

Der Ausschuss trifft sich am 24.06.2015 zu einer Sondersitzung vor den Sommerferien, um ebenfalls die Indikatoren für die Ermittlung der Standorte zu diskutieren und eine Empfehlung an den Rat auszusprechen.

Nach den Sommerferien ist dann eine Bürgerbeteiligung geplant, anschließend wird ein Ratsbeschluss zu den Kriterien eingeholt.

Die konkrete Standortsuche wird sich dann anschließen.

Herr Trepper berichtet von den Flüchtlingszahlen.

Er weist darauf hin, dass auch mit der Presse vereinbart wurde, die Zahlen quartalsweise zu erheben und zu veröffentlichen.

Nach der Definition der Ausländerbehörde (vgl. Präsentation von Herrn Brinkhoff) lebten zum 31.03.2015 735 Flüchtlinge in Lünen, 466 hiervon bezogen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, rd. 270 bezogen Leistungen nach dem SGB II (Jobcenter) oder XII (Grundsicherung).

Bis zum 31.03.2015 kamen 90 Flüchtlinge nach Lünen, bis zum 20.05. stieg die Zahl auf 130.

Ein Drittel der Flüchtlinge sind Kinder.

Die Unterkunft auf der Alstedder Str. 92 ist ebenso voll ausgelastet wie die von ZGL zur Verfügung gestellten Wohnung (Friedenstr., Schulstr., Wittekindstr., Yorckstr., Dammwiese). Die Unterkünfte „Auf dem Ringe“ und „Wilhelm-Meier-Str. 21/23“ sind zu rd. 75 % ausgelastet.

Seit Beginn des Unterbringungskonzeptes zum 01.07.2014 konnten bereits 70 Menschen in Privatwohnungen untergebracht werden.

Frau Mai bekräftigte, dass sie froh sei, dass das Unterbringungskonzept auf den Weg gebracht wurde und nunmehr ein Fortschritt bezüglich der neuen Unterkünfte erkennbar sei.

Herr Kneisel wies darauf hin, dass die Situation nunmehr eine andere sei als zu Beschluss des Konzeptes. Angesichts der derzeitigen Flüchtlingszahlen sei absehbar, dass die im Konzept genannten drei Unterkünfte mit je ca. 40 Plätze nicht ausreichen werden. Auf die aktuelle Situation sei entsprechend zu reagieren.

Herr Müller-Baß äußerte hierzu, dass zunächst die Kriterien für die Standorte festzulegen seien, selbstverständlich würde man die aktuelle Entwicklung berücksichtigen.

Anschließend ergab sich eine Diskussion zur Notwendigkeit und Koordination des Ehrenamtes.

Herr Trepper bekräftigte, dass die klare Steuerungsverantwortung bei der Stadt läge. Bei der Bereitschaft zum Ehrenamt gäbe es bei den unterschiedlichen Organisationen verschiedenste Motivationen. Es sei daher wichtig, dass die Koordination bei einer neutralen Stelle liege.

Derzeit seien bereits Kapazitäten geschaffen worden, es sei jedoch absehbar, dass diese aufgestockt werden müssten. Dieses gelte ebenso für die Kapazitäten des Betreuungsdienstes und des Umzugsmanagements.

Es wurde der Wunsch geäußert, dass entsprechende Kommunikation der Koordinierungsstelle nach außen erfolgen müsse.

Herr Tölle erinnerte an die erst kurz zurückliegenden Haushaltsdiskussionen, insbesondere zu den Personalkosten. Vor diesem Hintergrund sei besondere Kostendisziplin gefordert.